

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

13. Juni 2017
1 von 2

zur **12.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie lade ich ein
für

**Dienstag, 20. Juni 2017, 17:00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.544 -
- 2. Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten**
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der
Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Rabani Alekuzei
- 101.18.552 -
- 3. Einsatz von konventionellen Düngemitteln und Pestiziden auf
landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen**
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der
Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.18.553 -
- 4. Bericht Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der
Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.18.554 -

5. Konzeption einer Kasseler Nachhaltigkeitsstrategie

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Oliver Schmolinski
- 101.18.575 -

6. Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Ilker Sengül
- 101.18.578 -

7. Baumschutzsatzung

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Christine Hesse
- 101.18.579 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva Koch
Vorsitzende

Niederschrift
über die 12. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Energie
am **Dienstag, 20. Juni 2017, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

27. Juni 2017
1 von 8

Anwesende:

Mitglieder

Eva Koch, Vorsitzende, B90/Grüne
Stefan Kortmann, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD (Vertretung für Oliver Schmolinski)
Harry Völler, Mitglied, SPD
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Ilker Sengül, Mitglied, Kasseler Linke
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme

Dr. Cornelia Janusch, Stadtverordnete, FDP
Metin Öztürk, Vertreter des Ausländerbeirates
Elisabeth Kraft, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Çenk Yıldız, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Volker Lange, Umwelt und Gartenamt
Peter Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt
Britta Bachmann, Umwelt- und Gartenamt
Stefan Kaufmann, Die Stadtreiniger Kassel

Tagesordnung:

- 1. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben** 101.18.544
- 2. Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten** 101.18.552

3. Einsatz von konventionellen Düngemitteln und Pestiziden auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen	101.18.553	2 von 8
4. Bericht Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel	101.18.554	
5. Konzeption einer Kasseler Nachhaltigkeitsstrategie	101.18.575	
6. Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Kassel	101.18.578	
7. Baumschutzsatzung	101.18.579	

Vorsitzende Koch eröffnet die mit der Einladung vom 13. Juni 2017 ordnungsgemäß einberufene 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Im Hinblick auf die lange Tagesordnung wird auf Antrag von Stadtbaurat Nolda einvernehmlich Tagesordnungspunkt

7. Baumschutzsatzung

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
- 101.18.579 -

an erster Stelle zur Beratung aufgerufen, da die Beantwortung der gemeinsamen Anfrage umfangreich ist.

Vorsitzende Koch stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

7. Baumschutzsatzung

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
- 101.18.579 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Wirkung der Baumschutzsatzung?
2. Wie wird die Einhaltung der Baumschutzsatzung kontrolliert?
3. Wie sieht der Handlungskatalog des Umwelt- und Gartenamtes zur Ahndung von Verstößen gegen die Baumschutzsatzung aus?

Stadtbaurat Nolda führt in die Thematik ein und übergibt anschließend das Wort an Frau Bachmann, Umwelt- und Gartenamt. Frau Bachmann beantwortet die Anfrage umfassend mithilfe einer PowerPoint Präsentation.

Anschließend beantwortet sie und Frau Dr. Starick, Amtsleiterin Umwelt- und Gartenamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

3 von 8

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda, Frau Dr. Starick, Amtsleiterin Umwelt- und Gartenamt, und Frau Bachmann, Umwelt- und Gartenamt, erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

1. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.544 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die geplante Beschaffung und Einführung eines Identifikationssystems für Abfallbehälter durch den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ aufzugeben und nicht weiter zu verfolgen, da die Kosten für Beschaffung, Einführung und Betrieb in keiner vernünftigen Relation zum vermuteten wirtschaftlichen Nutzen stehen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Abfallgebühren nicht weiter belastet werden.

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtbaurat Nolda bezieht dazu Stellung.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben, 101.18.544, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Völler

2. Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten

4 von 8

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst

- 101.18.552 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der derzeitige Zustand des Kakteenhauses im Botanischen Garten und wie schätzt der Magistrat die Zukunft des Kakteenhauses ein?

Die Anfrage wird von Stadtverordneten Dr. Alekuzei, SPD-Fraktion, begründet. Stadtbaurat Nolda gibt dazu einleitende Worte ab und übergibt anschließend das Wort an Herrn Lange, Umwelt- und Gartenamt Abteilungsleiter Freiraumplanung. Herr Lange beantwortet die Anfrage anhand einer PowerPoint Präsentation. Im Anschluss beantwortet er und Frau Dr. Starick, Amtsleiterin Umwelt- und Gartenamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda, Frau Dr. Starick, Amtsleiterin Umwelt- und Gartenamt, und Herrn Lange, Umwelt- und Gartenamt Abteilungsleiter Freiraumplanung, erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

3. Einsatz von konventionellen Düngemitteln und Pestiziden auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst

- 101.18.553 -

Gemeinsame Anfrage

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche, der sich im Eigentum der Stadt Kassel befindet?
2. In welchem Umfang werden auf diesen Flächen konventionelle Düngemittel und Pestizide eingesetzt? Bitte nach Art der Düngemittel und des Pestizids (Herbizide, Insektizide) und der Häufigkeit des Einsatzes darstellen.
3. Werden Auflagen zur Art und Weise der Bewirtschaftung (z.B. Düngung, Pestizideinsatz u.Ä.) in die Pachtverträge aufgenommen? Wenn ja, welche? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

4. Hat die Stadt die Möglichkeit, zukünftig eine rechtsverbindliche Regelung in den Pachtverträgen zu treffen, die den Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide auf landwirtschaftlich genutzten Flächen vorschreibt?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, eine ökologische Bewirtschaftung städtischer Flächen durch eine entsprechende Vergabepraxis aktiv zu fördern?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

4. **Bericht Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
- 101.18.554 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, über die Klimaschutzaktivitäten inklusive der CO₂-Bilanz im Stadtgebiet in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie zu berichten.

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst betr. Bericht Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel, 101.18.554, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtbaurat Nolda

5. Konzeption einer Kasseler Nachhaltigkeitsstrategie

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
- 101.18.575 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über seine bisherigen Tätigkeiten, Programme und Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit, orientiert an den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein Nachhaltigkeitskonzept für Kassel zu entwickeln, in dem die Anforderungen und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands und Hessens auf die kommunale Ebene der Stadt übertragen werden. Dafür soll ein Multi-Stakeholder-Dialog (MSD = Dialog mit vielfältigen Interessensgruppen der Stadtgesellschaft) durchgeführt werden. Das Konzept soll im Ausschuss für Umwelt und Energie vorgestellt und in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Im Rahmen der Aussprache übernimmt Stadtverordneter Völler, SPD-Fraktion, den Änderungsvorschlag von Stadtverordneten Kortmann, CDU-Fraktion, und ändert im Einvernehmen mit den Antrag stellenden Fraktionen und Stadtverordneten den gemeinsamen Antrag wie folgt.

➤ Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über seine bisherigen Tätigkeiten, Programme und Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit, orientiert an den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten.
2. Der Magistrat wird gebeten, **aufzuzeigen wie** ein Nachhaltigkeitskonzept für Kassel, in dem die Anforderungen und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands und Hessens auf die kommunale Ebene der Stadt übertragen werden, **entwickelt werden kann. Auch die dafür notwendigen Ressourcen, aber auch potenzielle Förderprogramme von Land, Bund und EU, sollen entsprechend dargestellt werden.**

Das Aufzeigen des Nachhaltigkeitskonzeptes beinhaltet auch die Darstellung bei der Entwicklung des Konzeptes zu erwartenden Kosten.

7 von 8

Der Ausschuss für Umwelt und Energie fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst betr. Konzeption einer Kasseler Nachhaltigkeitsstrategie, 101.18.575, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

6. Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Kassel
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.578 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie lange wird das dreißig Jahre alte Fernwärmekraftwerk in der Dennhäuser Straße noch mit Kohle betrieben werden?
2. Gibt es Planungen für die Umstellung auf andere Brennstoffe?
3. Welche Optionen für das Kraftwärmekraftwerk bestehen?
4. Welche Vor- und Nachteile haben die verschiedenen Brennstoffe und Kraftwerkstypen?

Die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtbaurat Nolda beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Koch die Anfrage für erledigt.

Der Tagesordnungspunkt

8 von 8

7. Baumschutzsatzung

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der
Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
- 101.18.579 -

wurde vor Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung aufgerufen.

Ende der Sitzung: 18:32 Uhr

Eva Koch
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer

Vorlage Nr. 101.18.544

9. Mai 2017
1 von 1

Identifikationssystem für Abfallbehälter aufgeben

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die geplante Beschaffung und Einführung eines Identifikationssystems für Abfallbehälter durch den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ aufzugeben und nicht weiter zu verfolgen, da die Kosten für Beschaffung, Einführung und Betrieb in keiner vernünftigen Relation zum vermuteten wirtschaftlichen Nutzen stehen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die Abfallgebühren nicht weiter belastet werden.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Stadtverordnetenversammlung

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst

Kassel documenta Stadt

Vorlage Nr. 101.18.552

8. Mai 2017

1 von 1

Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der derzeitige Zustand des Kakteenhauses im Botanischen Garten und wie schätzt der Magistrat die Zukunft des Kakteenhauses ein?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Rabani Alekuzei

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten Kassel

Dipl.-Ing. Volker Lange, Landschaftsarchitekt
Umwelt- und Gartenamt Kassel



Lage des Kakteenhauses im Botanischen Garten



1979 gebaut, 175 m² groß

Kakteenfreunde Friedrich Ritter



Kakteenfreunde
„Friedrich Ritter“
Nordhessen – Kassel
Ortsgruppe der
„Deutschen Kakteen-Gesellschaft“ – DKG

Freilandkakteen im Botanischen Garten



2013 gebaut, 35 m² groß

Kakteen im Botanischen Garten



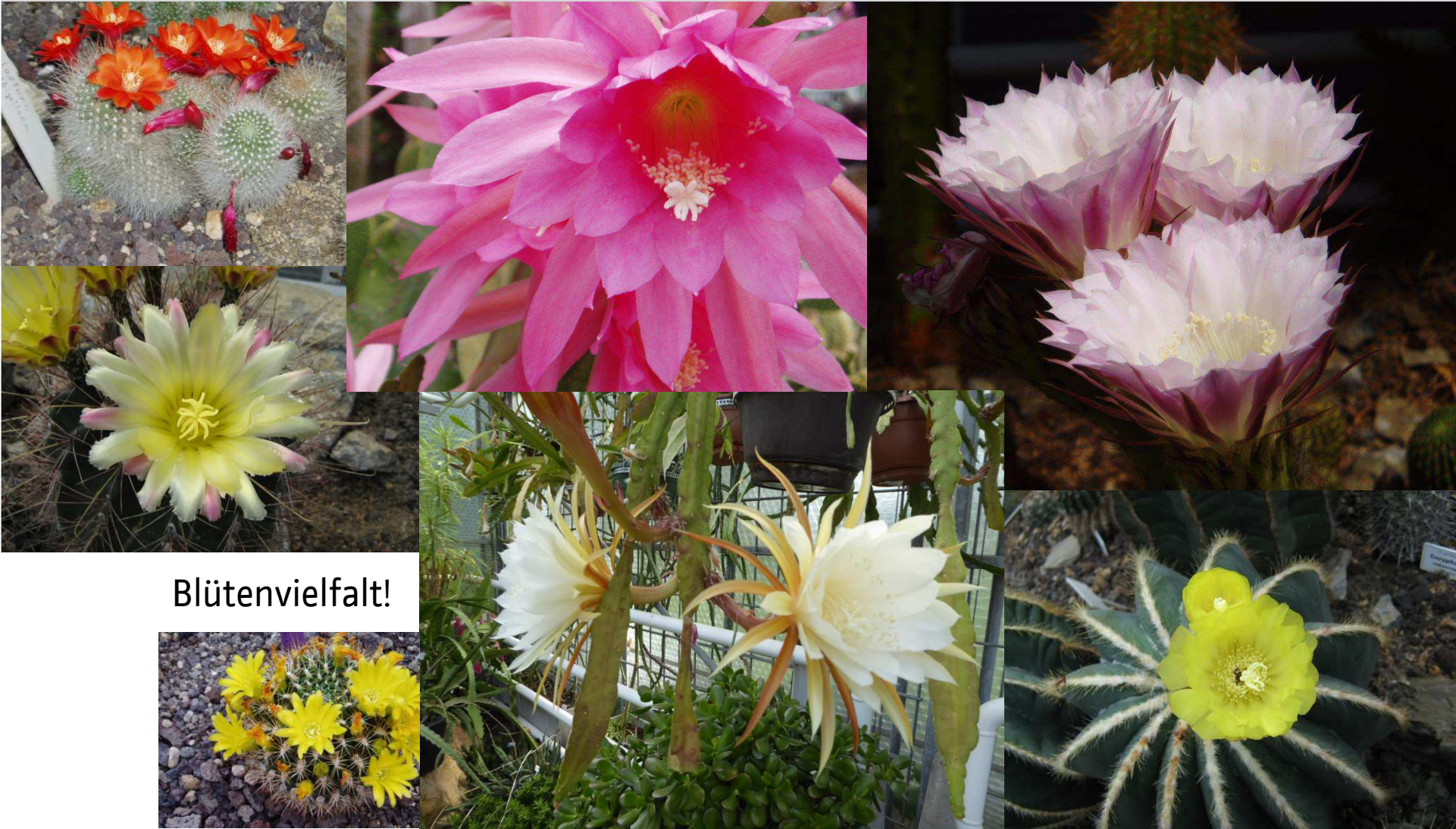
45 Gattungen, 1500 Pflanzen

Kakteen im Botanischen Garten



Nicht nur Kakteen, auch Sukkulente!

Kakteen im Botanischen Garten



Blütenvielfalt!

Kakteen im Botanischen Garten



Formenvielfalt!



KAKTEENFREUNDE
Friedrich Ritter
NORDHESSEN / KASSEL
Ortsgruppe der Deutschen Kakteengesellschaft







Kakteen
Schauhaus

Kakteen-Schauhaus geöffnet

Das Schauhaus
Dienstag, Donnerstag, Freitag
Sonnentage
10:00 - 18:00 Uhr

Probleme Kakteenhaus im Botanischen Garten

Dachentwässerung



Probleme Kakteenhaus im Botanischen Garten



Zu wenig Platz für die Sammlung

Probleme Kakteenhaus im Botanischen Garten



Zu geringe Höhe des Hauses

Probleme Kakteenhaus im Botanischen Garten



Energiekosten

Probleme Kakteenhaus im Botanischen Garten



Grundsätzlicher Sanierungsbedarf

Zustand und Zukunft des Kakteenhauses im Botanischen Garten Kassel

1. Dachentwässerung
2. Zu wenig Platz für den Erhalt der Sammlung
3. Zu geringe Höhe des Hauses
4. Energetischer Sanierungsbedarf
5. Grundsätzlicher bautechnischer Sanierungsbedarf (Konstruktion, Heizung, Wasser, Strom)

Kakteenfreunde engagieren sich für Neubau



Die Kakteenfreunde benötigen Ihre Unterstützung

100 Jahre Botanischer Garten Kassel

Unsere Kakteen brauchen ein neues Zuhause. Das Kakteenhaus ist in die Jahre gekommen. Erbaut als Anzuchthaus, wurde es 1982 von Herrn Lange als Kakteenschauhaus gestaltet. Energetisch (z.B. Einfachverglasung) und technisch entspricht es nicht mehr dem heutigen Energiestandard.

Das Haus ist zu niedrig, viele Kakteen wollen schon seit einiger Zeit „durch die Decke gehen“ und müssen immer wieder eingekürzt werden. Deshalb versuchen wir, ein neues, besser isoliertes, höheres und moderneres Gewächshaus zu bekommen.

Dies ist nur durch Spenden möglich, denn wir Kakteenfreunde möchten das Haus eigenständig finanzieren.

Wir freuen uns über Ihre Spende. Jeder Betrag ist willkommen und führt zum Ziel.

Ihre Kakteenfreunde „Friedrich Ritter“ Kassel bedanken sich.

Spendenkonto

Kasseler Sparkasse

Kontoinhaber:

Freundeskreis Botanischer Garten Kassel e.V.

IBAN: DE56 5205 0353 0001 1693 35

BIC: HELADEF1KAS

Verwendungszweck: NEUES KAKTEENHAUS

unser Ziel: %100 Eigenfinanzierung

Wir Kakteenfreunde möchten das neue Gewächshaus zu 100% selbst finanzieren.

Kakteenfreunde engagieren sich für Neubau



Zustand der weiteren Gewächshäuser



Lage der Gewächshäuser



Unterschiedliche Baujahre, ältestes Haus ca. 1960 , ca. 3.800 m² groß

Zustand der weiteren Gewächshäuser





Zustand der weiteren Gewächshäuser



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dipl.-Ing. Volker Lange, Landschaftsarchitekt
Umwelt- und Gartenamt Kassel



Vorlage Nr. 101.18.553

15. Mai 2017

1 von 1

Einsatz von konventionellen Düngemitteln und Pestiziden auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Kassel hat schon im Jahr 1981 den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf städtischen Flächen wegen der negativen Auswirkungen auf die Umwelt verboten. Ausgenommen sind jedoch die zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachteten Flächen. Dabei werden besonders in der Landwirtschaft konventionelle Düngemittel und Pestizide großflächig eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche, der sich im Eigentum der Stadt Kassel befindet?
2. In welchem Umfang werden auf diesen Flächen konventionelle Düngemittel und Pestizide eingesetzt? Bitte nach Art der Düngemittel und des Pestizids (Herbizide, Insektizide) und der Häufigkeit des Einsatzes darstellen.
3. Werden Auflagen zur Art und Weise der Bewirtschaftung (z.B. Düngung, Pestizideinsatz u.Ä.) in die Pachtverträge aufgenommen? Wenn ja, welche? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
4. Hat die Stadt die Möglichkeit, zukünftig eine rechtsverbindliche Regelung in den Pachtverträgen zu treffen, die den Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide auf landwirtschaftlich genutzten Flächen vorschreibt?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, eine ökologische Bewirtschaftung städtischer Flächen durch eine entsprechende Vergabepraxis aktiv zu fördern?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in:

Stadtverordnete Christine Hesse

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

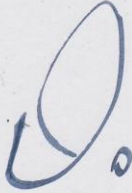
Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Dezernat Verkehr, Umwelt,
Stadtentwicklung und Bauen

Kassel, 19.06.2017
Herr Dehmer
Tel. 80 28

- VI -



Ausschuss für Umwelt und Energie am 20. Juni 2017
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und „Bündnis 90/Die Grünen“ und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst
„Einsatz von konventionellen Düngemitteln und Pestiziden auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen“
Vorlage Nr. 101.18.553

Zu den gestellten Fragen werden die hierzu verfassten Stellungnahmen des Liegenschaftsamtes sowie des Umwelt- und Gartenamtes wie folgt zusammengefasst:

1. Wie hoch ist der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche, der sich im Eigentum der Stadt Kassel befindet?

Stellungnahme:

Die Flächengröße beträgt rund 300 ha.

2. In welchem Umfang werden auf diesen Flächen konventionelle Düngemittel und Pestizide eingesetzt? Bitte nach Art der Düngemittel und des Pestizids (Herbizide, Insektizide) und der Häufigkeit des Einsatzes darstellen.

Stellungnahme:

Die Pächter sind Landwirte, die überwiegend eine größere Anzahl von Flächen bewirtschaften. Bis auf einen Harleshäuser Landwirt, der seit Jahren einen Öko-Betrieb führt, sind die anderen Pächter konventionell wirtschaftende Betriebe. Von einem Einsatz konventioneller Düngemittel ist daher auszugehen.

Eine Meldepflicht für den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden gibt es nicht. Somit können keine Angaben über den Umfang und die Art der verwendeten Mittel gemacht werden. Die Überwachung der gesetzlichen Grundlagen erfolgt durch den Fachbereich Landwirtschaft beim

Landkreis Kassel. Hier erfolgen im Rahmen des Cross Compliance (=Verknüpfung von Prämienzahlungen mit der Einhaltung von Umweltstandards) stichprobenartige Überprüfungen. Weiterhin werden die Landwirte vom zuständigen Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen über den ordnungsgemäßen Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel beraten.

Der Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Bodenfruchtbarkeit und Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen. Hierbei kommt es jedoch auf das richtige Maß an. Ein sparsamer Umgang und eine an den Pflanzenbedarf angepasste Dosierung sind dabei besonders wichtig. Nur so können negative Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Klima und die Biodiversität verhindert werden.

Die Anwendung von Düngemitteln ist im Düngegesetz (DüG) und den dazugehörigen Verordnungen geregelt. Demnach dürfen Düngemittel nur nach „Guter fachlicher Praxis“ angewendet werden und müssen nach Art, Menge und Zeit an den Nährstoffbedarf der Pflanze und des Bodens ausgerichtet sein. Die entsprechenden Anwendungskriterien werden in der Verordnung über die gute fachliche Praxis beim Düngen (Düngeverordnung, DüV) definiert und konkretisiert.

3. Werden Auflagen zur Art und Weise der Bewirtschaftung (z.B. Düngung, Pestizideinsatz u.ä.) in die Pachtverträge aufgenommen? Wenn ja, welche? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Stellungnahme:

Die Bestimmungen der landwirtschaftlichen Pachtverträge der Stadt Kassel sehen zahlreiche Vorgaben für die Bewirtschaftung der Flächen vor.

Zum Beispiel:

- Verbot der Verwendung von gentechnisch verändertem Saat- und Pflanzgut;
- kein Aufbringen von Klärschlamm;
- vorwiegende Verwendung von organischem Dünger,
- möglichst Vermeidung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln;
- zum Schutz vor Erosion hangparalleles Pflügen;
- Beachtung der Vorgaben des integrierten Pflanzenbaues.

4. Hat die Stadt die Möglichkeit, zukünftig eine rechtsverbindliche Regelung in den Pachtverträgen zu treffen, die den Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide auf landwirtschaftlich genutzten Flächen vorschreibt?

Stellungnahme:

Seitens der Stadt wird kaum eine Möglichkeit der Überwachung von rund 300 ha Landwirtschaftsfläche bestehen, wenn eine vertraglich-rechtsverbindliche Regelung bestehen würde, die eine Verwendung konventioneller Düngemittel und Pestizide grundsätzlich ausschließt. Es sind weder personelle noch fachliche Qualifikationen hierfür gegeben.

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Baustein für die geregelte Pflege städtischer Flächen, die außerdem noch Pachteinnahmen generiert. Die Landwirte werden keine verbotenen Wirkstoffe

einsetzen. Die Beschaffung der Düngemittel und notwendigen Pflanzenschutzmittel verringert die Einnahme aus dem Feldfruchtanbau und wird sparsam eingesetzt.

5. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, eine ökologische Bewirtschaftung städtischer Flächen durch eine entsprechende Vergabepaxis aktiv zu fördern?

Stellungnahme:

Zwar wäre mit Blick auf den dringend erforderlichen Schutz von Boden sowie Grundwasser und Oberflächengewässern eine rein ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft auf städtischen Flächen zu begrüßen.

Allerdings müssen ökologisch bewirtschaftete Flächen längerfristig zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen, was für städtische Flächen in Bezug auf ihre Vorhaltung für Projekte nur schwer zu realisieren ist. Diese Flächen werden für die Erfüllung städtischer Aufgaben vorgehalten und stellen Zwischennutzungen dar. Im Zuge der Realisierung von städtischen Projekten wie z. B. Bauflächen müssen die Verträge auch kurzfristig kündbar sein. Ein ökologischer Anbau bedingt eine langfristige Bindung von Pachtflächen. Eine Verpachtung mit dem Zweck „biologischer Anbau“ steht daher im zeitlichen Widerspruch zur notwendigen kurzfristigen Verfügbarkeit solcher Flächen.

Insbesondere Kasseler Landwirte, die fast ausschließlich konventionell wirtschaften, sind auch auf ein – wenn sich auch änderndes – Flächenangebot angewiesen. Es gibt nur noch wenige Betriebe im Stadtgebiet, die wirtschaften und damit auch städtische Flächen pflegen.

Im Auftrag



Dehmer

Stadtverordnetenversammlung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst

Kassel documenta Stadt

Vorlage Nr. 101.18.554

15. Mai 2017
1 von 1

Bericht Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Kassel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, über die Klimaschutzaktivitäten inklusive der CO₂-Bilanz im Stadtgebiet in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie zu berichten.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Vorlage Nr. 101.18.575

7. Juni 2017

1 von 2

Konzeption einer Kasseler Nachhaltigkeitsstrategie

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über seine bisherigen Tätigkeiten, Programme und Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit, orientiert an den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein Nachhaltigkeitskonzept für Kassel zu entwickeln, in dem die Anforderungen und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands und Hessens auf die kommunale Ebene der Stadt übertragen werden. Dafür soll ein Multi-Stakeholder-Dialog (MSD = Dialog mit vielfältigen Interessensgruppen der Stadtgesellschaft) durchgeführt werden. Das Konzept soll im Ausschuss für Umwelt und Energie vorgestellt und in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Begründung:

In der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Agenda 2030), welche das Bundeskabinett im Januar 2017 beschlossen hat, wird die Stellung der Kommune zentral hervorgehoben:

„Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände (Kapitel D IV.), dass die Kommunen wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030 sind. Deswegen setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass auf kommunaler Ebene ein Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Erreichung DEUTSCHE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE 2016 der SDGs geleistet wird.

Sie unterstützt Kommunen bei der Formulierung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien, der Umstellung ihres Beschaffungswesens auf nachhaltig produzierte Güter sowie der Initiierung von kommunalen Partnerschaften im Sinne des Zieles 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele)“.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oliver Schmolinski

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.578

8. Juni 2017
1 von 1

Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie lange wird das dreißig Jahre alte Fernwärmekraftwerk in der Dennhäuser Straße noch mit Kohle betrieben werden?
2. Gibt es Planungen für die Umstellung auf andere Brennstoffe?
3. Welche Optionen für das Kraftwärmekraftwerk bestehen?
4. Welche Vor- und Nachteile haben die verschiedenen Brennstoffe und Kraftwerkstypen?

Begründung:

„Fest steht, dass Kohle mit deutlichem Abstand der CO₂-intensivste Energieträger ist, wobei die Verhältnisse im Fall der Steinkohle noch etwas günstiger liegen als bei der Braunkohle.“

Quelle: Seite 30 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2007:
CO₂-Bilanzen verschiedener Energieträger im Vergleich Ausarbeitung
WD 8 - 056/2007

<https://www.bundestag.de/blob/406432/70f77c4c170d9048d88dcc3071b7721c/wd-8-056-07-pdf-data.pdf>

abgerufen am 12.06.17

Zu den großen ökologischen und sozialen negativen Folgen des Kohleabbaus in Ländern mit geringeren Standards wie Kolumbien, Russland und der USA gibt es zahlreiche Berichte. Mit dem Umstieg von der Braunkohle aus der Region zur billigeren Importkohle im Kraftwerkbetrieb trägt Kassel für die Folgen und Förderbedingungen eine Mitverantwortung
Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Ilker Sengül

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.579

12. Juni 2017
1 von 1

Baumschutzsatzung

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Energie

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Wirkung der Baumschutzsatzung?
2. Wie wird die Einhaltung der Baumschutzsatzung kontrolliert?
3. Wie sieht der Handlungskatalog des Umwelt- und Gartenamtes zur Ahndung von Verstößen gegen die Baumschutzsatzung aus?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Christine Hesse

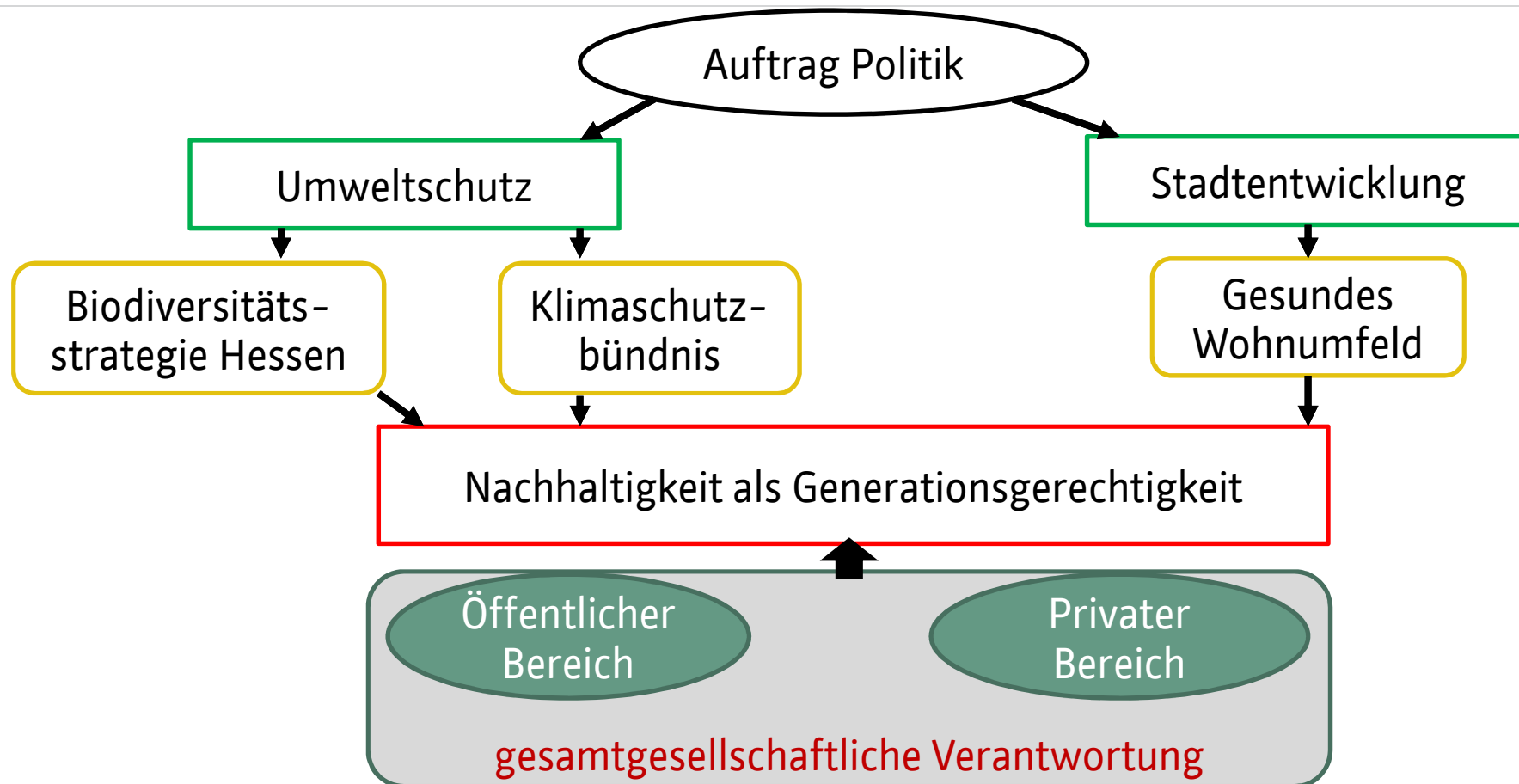
Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Cornelia Janusch
Stadtverordnete

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Baumschutzsatzung Kassel



Private Grundstücke

Anteil

- ❖ ca. 80.000 städtischen Bäume
- ❖ Bäume der Museumslandschaft Hessen-Kassel
- ❖ Bäume von Hessen Forst
- ❖ ca. 42.000 private Bäume, die unter die BSS fallen

Interessenparteien

- ❖ Wohnungsbaugesellschaften
- ❖ Unternehmen
- ❖ Eigentümergemeinschaften
- ❖ Eigenheimbesitzer
 - junge Familie
 - ältere Menschen
 - Mieter
 - Nationalität

Flächenverlust an Grünfläche von 2008 – 2016

- ❖ $1,5 \text{ km}^2 = 1.500.000 \text{ m}^2 = 15.000$ potentielle
Baumstandorte
- ❖ Wald- und Erholungsflächen haben minimal
zugenommen, dagegen deutlicher Rückgang bei
Gebäudedefreiflächen und Landwirtschaftsflächen
- ❖ schleichende Versiegelung durch Terrassen-, Gehweg-,
Steinbeetanlagen, Carport und Stellplätze, Anbauten...

Zweck und Mittel

Zweck

- ❖ Bewahrung von Lebensraum und –qualität
- ❖ strukturgebender Bestandteil der grünen Infrastruktur
- ❖ Steigerung der Attraktivität der Wohnumwelt
- ❖ Entwicklung des Biotopverbundes
- ❖ Förderung einheimischer Artenvielfalt
- ❖ Förderung eines ausgeglichenen Stadtklimas

Mittel

- ❖ Baumschutzsatzung
- ❖ Flächenschutzinstrumente
 - NSG, LSG, ND
- ❖ Eingriffsregelung
- ❖ Bebauungspläne
- ❖ biotopschutzrechtliche Regelungen
- ❖ artenschutzrechtliche Regelungen

Aufgabe des Mittels

- ❖ flächendeckende Beratung
- ❖ Koordination der Instrumente
- ❖ flächendeckender Schutz der Bäume
- ❖ Rechtssicherheit für BürgerInnen
- ❖ zentrales Instrument eines modernen Naturschutzrechts

Vorteile einer BSS

- ❖ Zentrales Instrument des modernen Naturschutzrechts
 - Ausgestaltung des BNatSchG
- ❖ Gewährleistung und Umsetzung einer nachhaltigen und gesunden Stadtentwicklung
- ❖ Umsetzung der kommunalen Verpflichtung zum Bestandsschutzprinzip durch Vermeidungsgebot
- ❖ Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes und des Bundes
- ❖ Dokumentation, Nachvollziehbarkeit und Kontrolle
- ❖ Aktive Mitwirkung und Einbindung der BürgerInnen
 - Beitrag zum Naturbewusstsein und Umweltbildung

Fakten

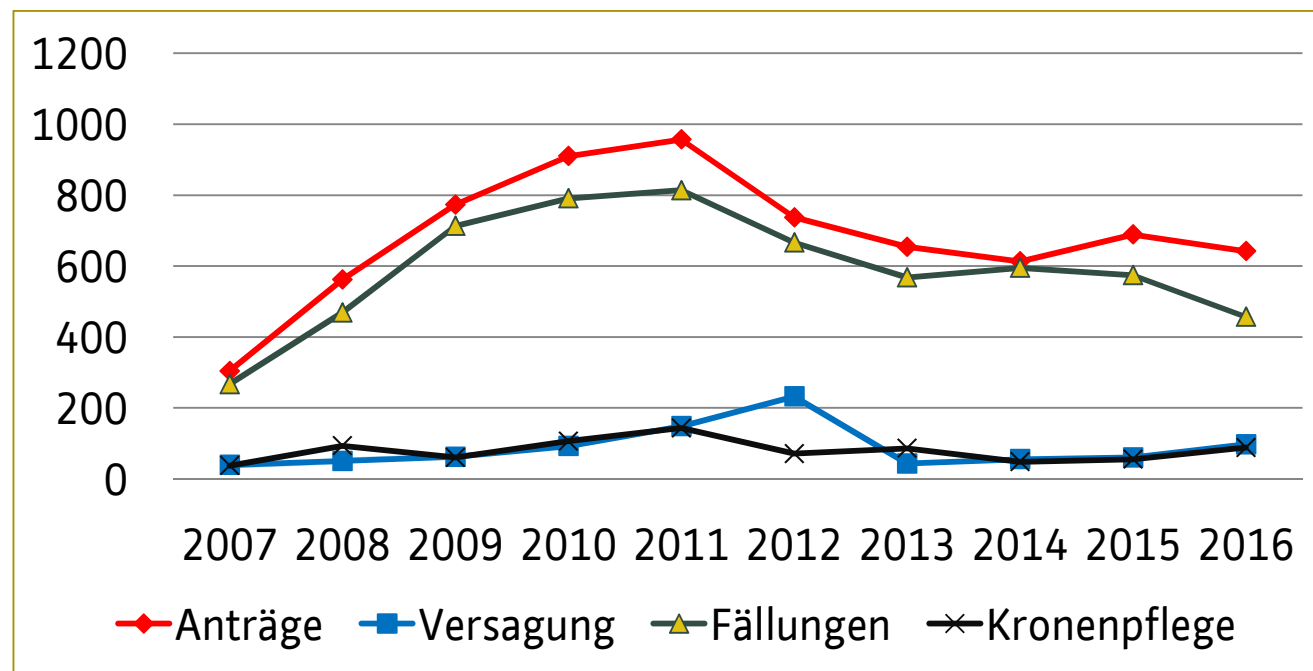
- ❖ **84%** der Städte ab 100 Tsd. Einwohner haben eine Baumschutzsatzung
- ❖ Hessen: **alle 5** kreisfreien Städte haben BSS
- ❖ Kassel: Flächenverlust für Natur von mind. 1,5 km² von 2008 bis 2016
- ❖ **85 %** der gefälltten Bäume wurden im Rahmen der BSS als Ersatzpflanzung ersetzt

Erfolge der Baumschutzsatzung Kassel

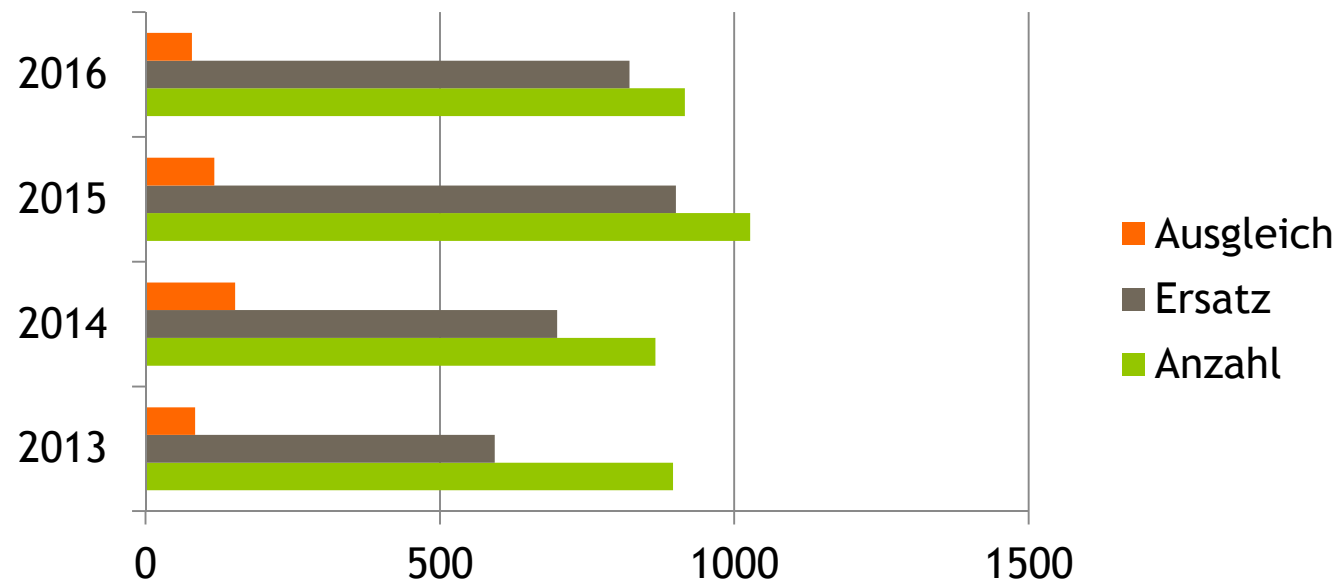
Bilanz

- ❖ ca. 650 Anträge pro Jahr
 - ca. 80% Fällungen, 10% Versagung, 10% Baumpflege
- ❖ Nachhaltigkeit!
 - Erfüllungsgrad durch Ersatzpflanzungen : ca. 85%
- ❖ Bürgernähe und Bewusstseinswandel
durch aktives Einbinden in den Erhalt des privaten
Baumbestandes:
 - Beratungsgespräche/ Monat: ca. 150 Telefonate/ Schriftverkehr
 - Ortstermine/ Monat: ca. 40 Anträge
 - Pflanzkontrolle/ Monat: ca. 20 Fälle
 - Widerspruchsverfahren/Jahr: ca. 10 Anträge,
1-2 Anträge wird Widerspruch stattgegeben
 - Ordnungswidrigkeiten/ Jahr: ca. 115 Hinweise

Auswertung der Datenbank „Baumschutzsatzung“ von 2007 bis 2016

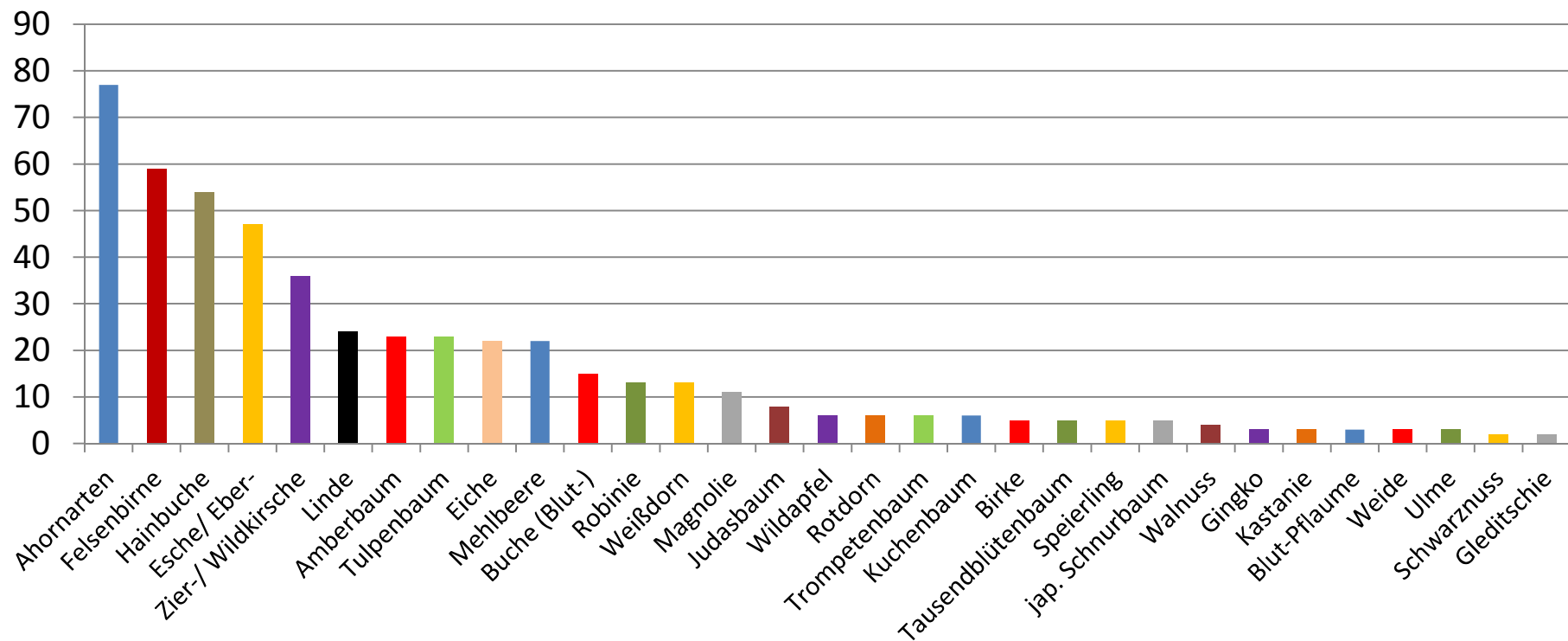


Quantität der Kompensationsmaßnahmen



- Die Anzahl gefälltter Bäume wird zu 85% durch Ersatzpflanzungen ausgeglichen.
- Große Akzeptanz der Ersatzpflanzungen durch Sensibilisierung des Bewusstseins zur Nachhaltigkeit!

Verteilung der Laubbäume (Ersatzbäume) 2015/2016



Verteilung der Ersatzbäume 2015/2016

- ❖ 92% Laubbäume, 8% Nadelbäume
- ❖ 65% einheimische Laub-/Nadel-Baumarten mit hoher ökologischer Wertigkeit
- ❖ Beratung standortgerechter Baumartenwahl
- ❖ Beratung zu Wuchsstandort und Pflanzung

Auszug aus der BSS-Datenbank

Baumschutz

Aktenzeichen: Datum [v]: Gefunden: 52

Name/Strasse: gwg Datum [b]: Gefunden: 52

AZ	Datum	Name	Strasse	Ort	Baumstandort	Ortsbezirk	Vorgangstatus	Benutzer
BSS0454/16	19.09.2016	GWG der Sta...	Neue Fahrt 2	34117 Kassel	Eichweldstrasse	Bettenhausen	Kontrolle	sarrazin
BSS0527/16	28.10.2016	GWG Kassel, ...	Neue Fahrt 2	34117 Kassel	Bunsenstr.		Abgeschlossen	bachma
BSS0539/16	02.11.2016	GWG der Sta...	Neue Fahrt 2	34117 Kassel	Rothenberg	Rothenditmold	Abgeschlossen	bachma
BSS0575/16	17.11.2016	GWG der Sta...	Neue Fahrt 2	34117 Kassel	Steinigstraße	Forstfeld	Abgeschlossen	bachma

Aktionen

Vorgang

Aktenzeichen: **BSS0539/16** Benutzer: **bachma**
 Datum: **02.11.2016** Ortstermin: **04.11.2016**
 Status: **Abgeschlossen** Postausgang: **07.11.2016**
 Debitornr.: **NEIN** Verwaltungsgebühr: **60**
 Bauaktenz.: **—** Ausgleichszahlung: **0**

Antragsteller/-in

Name: **Firma Hr. Walter GWG der Stadt Kassel mbH**
 Strasse: **Neue Fahrt 2**
 Plz Ort: **34117 Kassel**
 Telefon: **056170001640**
 E-Mail: **walter@gwg-kassel.de**
 Eigentum: **JA**

Ansprechpartner/-in

Name:
 Strasse:
 Plz Ort:
 Telefon:
 E-Mail:
 Mobil:

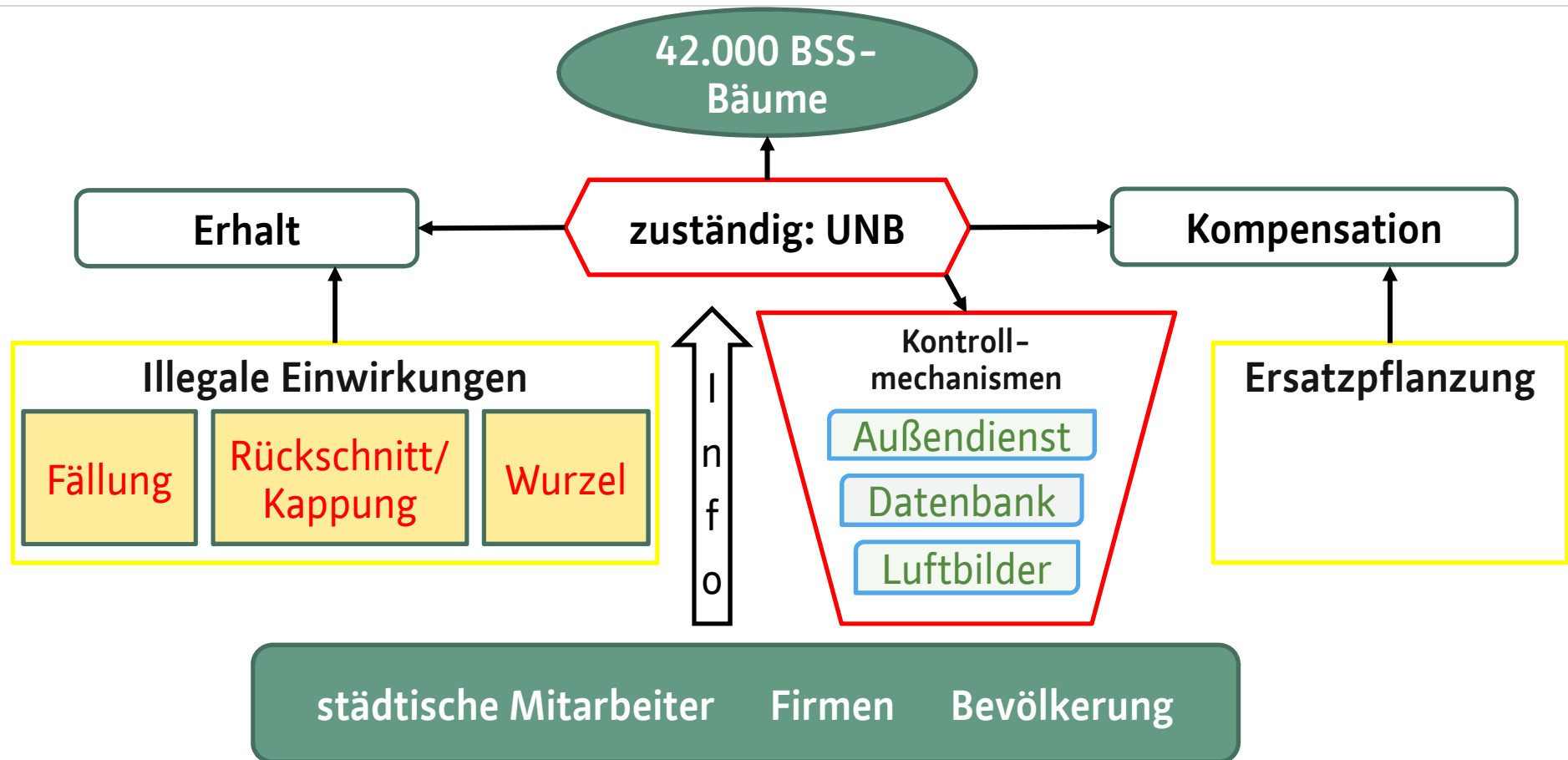
Baumstandort

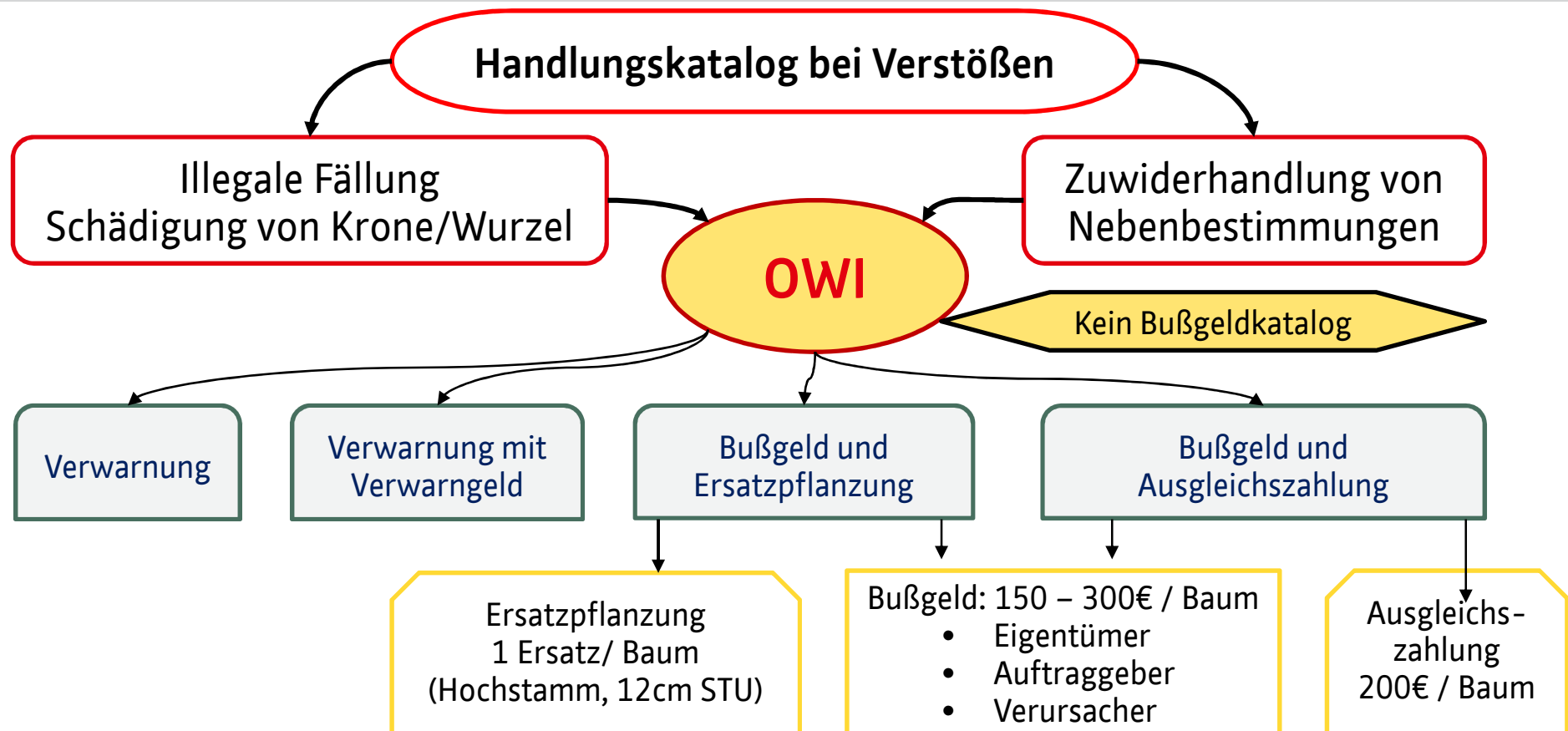
Strasse: **Rothenberg 1**
 Ortsbezirk: **Rothenditmold**
 Flurstück: **div**
 Markierung: **Plan, Baumdatenblatt, Fotos**
 Zugänglich: **JA**
 Name / Tel.:

Fotos

Foto	Bezeichnung
	Baumdatenblätter
	Plan
	Fotos

Baumart	Stammumfang	Massnahme	Sonstige Massnahme	Begründung	Sonstige Begründung	Ersatzpflanzung	Wunschbaum	Strasse Ersatzpflanzung	Flurstück Ersatzpflanzung
Quercus ro...	150,00	Fällen		Gefahr ...	Eichenfeuer...	Ersatzpflanz...	Quercus rob...	Gudensberg...	250/62
Betula pend...	120,00	Fällen		Gefahr ...	Bei Fällung ...	Ersatzpflanz...	hinter Frank...		216/18
Acer negun...	190,00	Fällen		Son...	nicht stand...	Ersatzpflanz...	Rotenburger...		126/8





Ausblick

- ❖ BSS läuft zum 31.12. 2017 aus
- ❖ ...wäre fortzuschreiben
 - ... ist dann der aktuellen Rechtslage anzupassen
 - ... sollte dem aktuellen inhaltlichen Naturschutzverständnis angepasst werden

**Vielen
Dank**